

Das war das letzte Aufbäumen der grünen Realitätsverweigerer

Welt, 24.11.2024, Daniel Wetzel

<https://www.welt.de/wirtschaft/plus254648106/COP29-Klimaschutz-liegt-jetzt-in-den-Haenden-von-Ingenieuren-und-Unternehmern.html>

Die bittere Erkenntnis lautet: Die Weltklimakonferenz in Baku ist gescheitert und mit ihr das einst gefeierte Paris-Abkommen. Konsequenter wäre es jetzt, das 1,5-Grad-Ziel offiziell zu den Akten zu legen – und den Klimaschutz in die Hände ganz anderer Protagonisten zu geben.

Deutschlands Chefdiplomatin Annalena Baerbock (Grüne) versuchte noch in der Nacht, das Ergebnis der Klimakonferenz in Baku schönzureden: Man habe mit der Einigung auf jährliche 300 Milliarden Dollar Hilfszahlungen an die Dritte Welt das „UN-System und damit die regelbasierte internationale Ordnung gestärkt.“

Nach mehreren durchverhandelten Nächten mag ein gewisses Maß an Realitätsverlust menschlich sein. Doch gestärkt wurde der globale Klimaschutz durch die 29. UN-Konferenz in Aserbaidschan nicht. Im Gegenteil. Baku steht für vierfaches Scheitern: Der Fahrplan zum Klimaschutz, den die Vereinten Nationen 2015 in Paris noch jubelnd beschlossen hatten, ist nun Makulatur. Das 1,5-Grad-Ziel ist jetzt Geschichte. Die Abkehr von den fossilen Energien, beschlossen 2023 in Dubai, ist kein Thema mehr.

Und mit dem Versagen von Baku ist auch das Scheitern der nächsten Weltklimakonferenz in Brasilien vorgezeichnet. In Baku haben sich die UN als die Unvereinten Nationen gezeigt und den multilateralen Ansatz im Klimaschutz beerdigt.

Der UN-Klimaprozess dürfte damit zu Ende sein, auch wenn er wahrscheinlich weiter als Untoter durch die Weltgeschichte geistern wird. Wie in Paris, Dubai oder Baku werden zwar weiterhin Jahr für Jahr 60.000 oder 70.000 Verhandler und Umweltschützer irgendwohin fliegen, um die Welt zu retten. Doch die Sonntagsreden dort wird niemand mehr richtig ernst nehmen.

Die Musik spielt künftig nicht in dem UN-Zirkus, sondern in den G 20, einem übersichtlichen Konferenz-Format der führenden Staaten, die für mehr als 80 Prozent aller Emissionen stehen. Schon in Baku hatten die Verhandler praktisch eine Standleitung nach Rio, wo zur selben Zeit die Staats- und Regierungschefs der G 20 zusammensaßen. Die waren dem Treffen am Kaspischen Meer ferngeblieben, um nicht mit dem absehbaren Scheitern von Baku in Verbindung gebracht zu werden.

Die Konferenz von Baku steht nicht für „das letzte Aufbäumen der fossilen Welt“, wie die deutsche Chefdiplomatin Baerbock glauben machen will, sondern für das letzte Aufbäumen der Realitätsverweigerer. Ab 2026 sollen die Industrieländer ihre jährlichen Transfers an die Entwicklungsländer verdreifachen – auf 300 Milliarden Dollar, das ist das Ergebnis der nun beendeten Konferenz namens COP29.

Natürlich werde Deutschland „liefern“, versprach Baerbock. So wie für deutsche Grüne nur eine logische Denk-Sekunde liegt zwischen dem UN-Beschluss zur kurzfristigen Verdreifachung der Klimagelder und der Überzeugung, dass

Deutschland dabei Vorreiter sein muss und auch weiterhin gern mehr als seinen fairen Anteil zahlt.

Bislang hat die Bundesregierung jährlich sechs Milliarden Euro Klimahilfen ans Ausland überwiesen. Die Ampelkoalition kann zwar aktuell eine weit klaffende Milliardenlücke im Bundeshaushalt nicht füllen. Doch die Verdreifachung des deutschen Beitrags auf 18 Milliarden Euro im kommenden Haushaltsjahr wäre aus Sicht grüner und linker Umweltpolitiker wohl gesetzt, wenn es nicht zu Neuwahlen käme.

Dass nicht zuletzt wegen der Energie- und Klimapolitik die eigene Wirtschaft an Wettbewerbsfähigkeit verliert, mit der Autoindustrie der wirtschaftliche Kern Deutschlands bereits abschmiert und der Verfall von Schulen, Straßen und Brücken nicht mehr aufzuhalten scheint, darf die deutsche Geberlaune in der internationalen Klimafinanzierung offenbar nicht trüben.

Die Tatsache, dass vielerorts nationalistische, den menschengemachten Klimawandel leugnende Parteien in Umfragen oder bei Wahlen sehr gut abschneiden, wird in der grünen Blase einfach ausgeblendet: Eine Verdrängungsleistung, die unheimlich Energie kosten muss.

Gut angelegtes Geld wären die Milliardentransfers ja vielleicht wirklich, wenn sie das Vertrauen in einen multilateralen, partnerschaftlichen Ansatz stärken würden und darüber wirklich CO₂ eingespart würde. Doch die Erwartungshaltung auf Seiten der Nehmerländer war halt eine andere. Kurzfristig eine Billion Dollar pro Jahr wollten sie haben, und ab 2030 mindestens 1,3 Billionen Dollar jährlich. Das neue 300-Milliarden-Versprechen aber sei ein „Witz“ und eine „Beleidigung“ hatte die Vertreterin Nigerias nach Ende der Verhandlungen in Baku gesagt.

Das afrikanische Land, das im hinteren Viertel der internationalen Korruptionsstatistik von Transparency International rangiert und soeben mit dem Dangote-Komplex die größte Erdöl-Raffinerie der Welt ans Netz gebracht hat, müsste nach dem Paris-Vertrag eigentlich im kommenden Jahr ein verschärftes CO₂-Sparziel verkünden, das mit dem 1,5-Grad-Ziel der vollständigen Dekarbonisierung vereinbar wäre. Man braucht nicht gespannt sein: Es wird nicht dazu kommen – ohne Billionentransfers aus dem Globalen Norden.

Ein Großteil der Entwicklungsländer hatte ihre „Nationally Determined Contributions“ (NDCs) schon bei der letzten Runde nur konditioniert, also unter Vorbehalt bei den Vereinten Nationen hinterlegt: Wir senken bis 2030 unseren CO₂-Ausstoß um 32 Prozent, wenn reiche Geberländer 87 Prozent der Kosten von geschätzt 62 Milliarden Dollar übernehmen. So steht es zum Beispiel fast wörtlich im NDC von Kenia und so ähnlich in den CO₂-Sparversprechen vieler anderer Entwicklungsländer. Ohne Moos nichts los: Deutlicher lässt sich nicht sagen, dass der Globale Süden ohne die Billionen des Globalen Nordens nichts liefern wird.

Damit ist der Pariser Klimaprozess am Ende: Die eigentlich geplante Verschärfung der NDCs im kommenden Jahr in Brasilien hat sich in Baku bereits als unfinanzierbar herausgestellt. Das wird sich auch nicht ändern: Große Industriestaaten des Westens, wie zum Beispiel Frankreich, sind völlig überschuldet. Der bislang größte

Finanzier, die USA, zahlen unter dem neugewählten Präsidenten Donald Trump schon mal gar nichts mehr.

China und die Golfstaaten werden durch das Abschlusspapier von Baku nicht verpflichtet, in den großen Klimatopf einzuzahlen, sondern nur freundliche aufgefordert, mal zu überlegen, ob man nicht freiwillig etwas Zählbares spenden will. Dass mit der freundlichen Bitte an China ein „historisches, neues Kapitel in der Klimagerechtigkeit aufgeschlagen“ werde, ist eine geradezu herzbewegende Einschätzung der deutschen Außenministerin.

Jetzt liegt die letzte Hoffnung auf multinationalen Entwicklungsbanken wie etwa der Europäischen Entwicklungsbank oder der Asian Development Bank. Doch auch die können Geld ja nicht drucken, sondern brauchen ein aus Steuergeldern hinterlegtes Eigenkapital. Bis zum nächsten Jahr in der Amazonas-Metropole Belém in Brasilien wollen sich die UN-Verhandler Gedanken machen, wie man kurzfristig die 300 Milliarden - und mittelfristig die 1,3 Billionen aufbringen kann: Die Rede ist bereits von einer Milliardärssteuer, internationale Abgaben auf den Luft- und Schiffsverkehr sowie auf die Öl- und Gasförderung.

Der zähe, zerstrittene zweiwöchige Verhandlungsmarathon von Baku berechtigt zu keinerlei Hoffnung, dass sich darüber Einigkeit herstellen lässt. Erfolgreicher Klimaschutz ist weiterhin möglich. Er liegt in der Hand von Ingenieuren, Erfindern und Unternehmern. Er wird ausgehandelt in Branchen- und Sektorkonferenzen, bei G20-Treffen und in Koalitionen der Willigen vereinbart – aber er liegt nicht mehr in der Hand der Vereinten Nationen.